

Kurzfassungen aller Tagungsreferate

Alterung und soziale Netze in den ländlichen Räumen

Hansjörg Bucher und Claus Schlömer, BBR Bonn

Eine starke Zunahme der Hochbetagten führt auch zu steigendem Bedarf an Pflegedienstleistungen. Jenseits der bereits ausführlich diskutierten Pflegefinanzierung besteht eine demographische Frage im engeren Sinne: Der weitaus größte Teil von Pflege findet in privaten Haushalten statt.

Pflege ist und bleibt stark personengebunden, sie konzentriert sich gleich zweifach auf bestimmte Altersgruppen. Die Relation zwischen den Personen, die Pflegeleistungen erbringen, und solchen, die Pflege in Anspruch nehmen, verschiebt sich dabei laufend. Die personelle Infrastruktur dieser Komponente der Daseinsvorsorge könnte einem Anpassungsdruck ausgesetzt sein. Gerade in den ländlichen Räumen, wo die Erreichbarkeit von sachlicher Infrastruktur tendenziell weniger günstig ist, muss den sozialen Netzen besondere Aufmerksamkeit gelten.

Die Autoren nutzen die kürzlich fertig gestellten regionalisierten Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen des BBR, um die Zahl der Hochbetagten in Relation zu potenziellen Pflegenden zu setzen. Das Hauptaugenmerk wird auf die räumlichen Muster des künftigen Pflegebedarfs gerichtet. Abgeleitet werden Hinweise auf bedarfsorientierte Standorte für institutionalisierte Pflegeeinrichtungen.

Dr. Hansjörg Bucher
Dipl.-Geogr. Claus Schlömer
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37
53179 Bonn
Tel.: 0228 99 401 2331
Hansjoerg.bucher@bbr.bund.de
Claus.schloemer@bbr.bund.de
<http://www.bbr.bund.de>

„Wohnsituation und Wohnzufriedenheit älterer Menschen in Mietwohnungen in der Uckermark“ - Perspektiven zum Altersgerechten Wohnen -

Dr. Elke Goltz (Hamburg), Dipl.-Ing. Ulrike Trellert (Berlin)

Der demografische Wandel – ausgelöst durch allgemeinen Geburtenrückgang und in ländlich peripheren Räumen wie der Uckermark zudem durch erhebliche Wanderungsverluste bei der jüngeren Bevölkerung – hat bisher zu deutlich messbaren Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur geführt. Neben Veränderungen in der Geschlechter- und Qualifikationsstruktur sind die Folgen insbesondere in der relativ und absolut wachsenden Zahl älterer Menschen abzulesen. Mittlerweile beträgt der Anteil älterer Menschen (60 Jahre +) in vielen Landgemeinden mehr als 25%. Aufgrund dessen sind auch Veränderungen im Wohnungswesen, insbesondere im Mietwohnbestand unabdingbar. Während Eigentümer von Grund und Boden in der Regel eine hohe Verbleibebereitschaft aufweisen, ist dies bei Mietern nicht primär zu erwarten. Daher stehen sowohl kommunale Wohnungsunternehmen als auch private Wohnungseigentümer mittel- und langfristig vor der Aufgabe, ihren Wohnungsbestand den Bedürfnissen älterer Menschen anzupassen.

Wie fast überall in peripheren ländlichen Räumen in den neuen Bundesländern sind auch die Gemeinden des Amtes Gerswalde von den geschilderten Prozessen betroffen. Im Mietwohnungsbestand der Orte gehört bereits mehr als die Hälfte aller Haushalte zur Gruppe „50+“ (d.h. mindestens eine haushaltsangehörige Person hat das 50. Lebensjahr bereits überschritten). Bei der Gruppe dieser Mieter ist das mittel- und langfristige Verbleiben in der derzeitigen Wohnung maßgeblich davon abhängig, inwieweit diese etwa nach Kosten und Nutzbarkeit vorteilhafter erscheint, als andere Wohnungen. Auch das Wohnumfeld – insbesondere die Versorgung mit Lebensmitteln und der Zugang zu Ärzten – spielt dabei eine tragende Rolle.

Auf der Basis empirischer Untersuchungen – erstellt im Auftrag des Amtes Gerswalde sowie des kommunalen Wohnungsunternehmens – reflektiert das Referat zum einen Befindlichkeiten älterer Mieter in Bezug auf Wohnzufriedenheit, Verbleibebereitschaft und formulierten Anforderungen an Wohnungsausstattung und notwendiger Infrastruktur am Wohnort. Zum anderen werden Aktivitäten und Projekte des Amtes vorgestellt, die deutlich machen, dass sich die Kommune aktiv dem Prozess des demographischen Wandels stellt. Zu Letzterem zählt beispielsweise der teilweise Umbau einer Kindertagesstätte zu einer Seniorenwohngemeinschaft in der Gemeinde Milmersdorf.

Das Referat nimmt somit besonders Bezug zu den Themen

- Auswirkungen demographischer Schrumpfungsprozesse auf die Perspektive von Landgemeinden
- Anpassungskonzepte und -strategien an die Herausforderungen des demographischen Wandels

Dr. Elke Goltz (Geographin)

Methoden der empirischen Sozialforschung und Statistik

Helmut-Schmidt-Universität - Universität der Bundeswehr Hamburg

Fakultät Geistes- und Sozialwissenschaften

Holstenhofweg 85

22043 Hamburg

Tel: 040 / 6541 - 3787

Email: goltz@hsu-hh.de

Dipl.-Ing. Ulrike Trellert

Regionalplanerin, Berlin

ulrike@trellert.de

Anpassungskonzepte und –strategien an die Herausforderungen des demografischen Wandels im Landkreis Holzminden

Walter Waske, Landkreis Holzminden

Der Landkreis Holzminden gehört zu den Regionen in West-Deutschland, die besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind. Zwischen 1996 und 2006 hat die Bevölkerung bereits um 8% abgenommen, und laut einer Prognose des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung wird sich die Zahl der Einwohner bis 2025 noch einmal um 24% verringern¹.

Bei seinem Amtsantritt im Juli 2004 hat Walter Waske, der Landrat des Landkreises Holzminden, die Gestaltung des demografischen Wandels im Landkreis Holzminden zum Schwerpunktthema des Verwaltungshandelns erklärt. Seither arbeiten Politik und Verwaltung daran, unter Beweis zu stellen, dass auch ein kleiner, schrumpfender Landkreis wirtschaftlich arbeiten kann und überlebensfähig ist. Die anstehenden demografischen Veränderungen werden dabei als Chance für einen Erneuerungsprozess gesehen. Bereits Anfang 2005 wurden im internen Bereich neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung besprochen. In einem umfassenden, beteiligungsorientierten Verfahren konnte ein Strategisches Grundsatzprogramm entwickelt und mit der Politik abgestimmt werden, das das Verwaltungshandeln auf den demographischen Wandel ausrichtet. Alle anstehenden Entscheidungen werden seither an den strategischen Zielen gemessen.

Da die Bertelsmann Stiftung den Landkreis Holzminden als Modellkommune für ihr Demografieprojekt ausgewählt hat, konnte der Prozess auch wissenschaftlich begleitet werden. Handlungsstrategien und Lösungsansätze wurden in Zusammenarbeit mit der Stiftung entwickelt. Ein Demografiebericht machte die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Holzminden transparent und zeigte erste Gestaltungselemente auf.

Folgende Handlungsansätze wurden im Rahmen des Zukunftssicherungsprozesses bislang umgesetzt bzw. angeschoben:

1. Stärkung des regionalen Wirtschafts- und Arbeitsstandortes durch
 - Verbesserung der verkehrlichen Erreichbarkeit und der ÖPNV-Verbindungen
 - Verbesserung von Bildungschancen
 - Schließung von Lücken in der Breitbandversorgung
2. Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Landkreises
3. Anpassung an die Folgen des demografischen Wandels, insbesondere für die öffentlichen Haushalte, durch
 - Kooperation mit dem Land Niedersachsen im Bereich Straßenmeisterei
 - Kooperationen mit Nachbarlandkreisen in Arbeitsbereichen, in denen kein direkter Kundenkontakt vor Ort erforderlich ist. Umgesetzt im Bereich spezieller Jugendhilfemaßnahmen und im Rahmen einer Bürogemeinschaft für die Heimaufsicht sowie in einer integrierten Einsatzleitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst. In Vorbereitung befinden sich eine Kooperation im Bereich Statikprüfung.
 - Kooperation mit kreisangehörigen Gemeinden in den Bereichen Beschaffungswesen, Reinigungsmanagement, Mitarbeiterfortbildung und EDV-Vernetzung
 - Fusionsprozesse in Samtgemeinden
 - Gemeinsam erarbeitete Empfehlungen für eine regional abgestimmte Siedlungsflächenentwicklung
 - Strategien zum Erhalt der Grundversorgung (im Rahmen eines Modellprojektes zu einer kreisgrenzenübergreifenden Regionalplanung)

Ruth Happel
Landkreis Holzminden, Büro des Landrats
Kommunikation und Projektmanagement
Bgm.-Schrader-Str. 24, 37603 Holzminden
Telefon: 05531/707-214
ruth.happel@Landkreis-Holzminden.de

¹ Jung, U. (2008): Aktuelle Prognoseergebnisse für Südniedersachsen.
http://www.nbank.de/_downloads/Wohnungsmarktbeobachtung/2008_05_22_Ulrich_Jung_Neue_Prognosen.pdf, S. 37.

Herausforderungen durch den demographischen Wandel für die Finanzen der Kommunen im ländlichen Raum: Abwege und Auswege

Bernward Karl Junge, arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH

Auswirkungen von Alter und Menge der Bürger auf die Kommunalfinanzen

- Kostenremanenz in der technischen Infrastruktur:
- Straßen, Wege, Plätze, Wasser, Abwasser, Abfallbeseitigung, Verwaltungsgebäude....
- Spezielle Zwänge der Kommunen im peripheren ländlichen Raum Einfluss zu nehmen auf private Versorger z.B. Energie, Telekommunikation, ÖPNV
- Kosten der sozialen und Gesundheitsinfrastruktur: Schulen, Turnhallen, Schwimmbäder, Kinderbetreuung, Kinder- und Jugendhilfe, Beratungsstellen, Erwachsenenbildung, mobile und stationäre Angebote der Altenhilfe und Pflege, medizinische Versorgung und Gesundheitsdienstleitungen
- Kosten der kulturellen Infrastruktur: Theater und Musik, Brauchtumspflege (freiwillige Feuerwehr, Schützenvereine, Chöre...), Dorf- und Stadtfeste, Märkte, Museen, Integrationsangebote
- Vermögen verleben als Chance und Notwendigkeit des Schrumpfungsprozesses
- Kommunaler Finanzausgleich, Steuern und Steueranteile, Gebühren und Beiträge

Handlungsfelder der Kommunen im peripheren ländlichen Raum

- Handlungsfeld Demographie: Möglichkeiten + Grenzen kommunaler Einflussnahme
- Handlungsfeld: Technische + soziale Infrastruktur
- Handlungsfeld: Verwaltung
- Handlungsfeld: politische Gestaltung

Auswege und Abwege der Kommunen

- Stehgreif- Strategie: Aktuelle Opportunitäten als Maxime des kommunalen Handelns
- St. Florian- Strategie: Ankämpfen gegen den demographischen Wandel
- Schicksals- Strategie: Demographischer Wandel als Rahmenbedingung akzeptieren
- Mimami- Strategie: Geschäfte machen mit dem demographischen Wandel

Auswege und Abwege der Länder

- Strukturpolitik (mit EU): Grundgedanke = Wachstum, nicht Schrumpfung gestalten
- Landesverwaltungen als Investor und Arbeitgeber in der Fläche
- Dilemma des Kommunalen Finanzausgleichs für ländliche Kommunen: Abwärtsbeschleunigung versus Gesundschumpfen: Berücksichtigung der kostenintensiven Altersgruppen und Schrumpfungsschmerzen, Aufnahme neuer Kriterien

Fazit

Der demographische Wandel führt zu einer Verschiebung der Kostenbelastung zwischen den Kommunen und hat das Potenzial insbesondere im peripheren ländlichen Raum die „Kasse zu sprengen“. Die absehbaren Schrumpfungsprozesse im ländlichen Raum bedürfen (wie Wachstumsprozesse) der politischen Gestaltung auf kommunaler wie auf Landesebene.

Es gibt auch für die Kommunen im ländlichen Raum mehrere Handlungsoptionen, um auf demographischen Wandel zu reagieren, aber keine Patentrezepte.

Der kommunale Finanzausgleich muss die besonderen Herausforderungen des demographischen Wandels in ländlichen Regionen berücksichtigen.

Die Strukturpolitik muss die Kunst des Schrumpfens noch entdecken.

Die politische Auseinandersetzung über demographischen Wandel ist auch auf kommunaler Ebene eine Wertedebatte, in der zentrale gesellschaftliche Begriffe wie Familie, Heimat, Arbeit, Gerechtigkeit, Leben, Sterben kontrovers diskutiert werden.

Bernward Karl Junge
MSc Dipl. Sozialwissenschaftler Mag. rer. publ.
arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH
Immermannstraße 33
D-40210 Düsseldorf
Tel.: 0162 / 21 21 952 / (0211) 17 11 51 8 /arf@arf-gmbh.de
www.arf-gmbh.de

Anpassungskonzepte in europäischen ‚Entleerungsregionen‘ – Werkstattbericht zur Dissertation „Angewandte Strategien zur Stabilisierung europäischer ‚Entleerungsregionen‘“

Markus Löwer, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Der demographische Wandel verschärft die bestehenden räumlichen Disparitäten im Europa der Regionen. Neben den prosperierenden Wachstumsregionen in den meist ohnehin dicht besiedelten Agglomerationsräumen kommt es in peripher-ländlichen Räumen zu fortschreitenden Entleerungsprozessen, welche durch häufig arbeitsplatzbedingte Abwanderungen und die Folgen der demographischen Entwicklung verstärkt werden. In den betroffenen Regionen verändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung, vor allem erkennbar an der Überalterung bzw. Unterjüngung sowie am Verlust meist gut qualifizierter potenzieller Erwerbstätiger („brain drain“). Weiterhin geraten diese Regionen aufgrund der weiteren Abnahme der Bevölkerungsdichte unter die minimale Tragfähigkeitsgrenze. Die Sicherung der Daseinsvorsorge in diesen Lebens- und Wirtschaftsräumen ist aus ökonomischen Gründen in Gefahr. Die reale Raumentwicklung widerspricht somit in zunehmendem Maße dem Postulat des Raumordnungsparadigmas des Ziels der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilräumen.

Das auf europäischer und nationaler Rechtsebene verankerte Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilräumen bzw. der europäische Ausgleichsgrundsatz zwischen den Regionen hat der Raumordnung bisher den Auftrag erteilt, für eine harmonische Raumentwicklung zu sorgen und damit bestehende Disparitäten zwischen Regionen zu verringern.

Die Dissertation untersucht in vier europäischen Regionen Anpassungsstrategien hinsichtlich der aufgezeigten Problematik der Stabilisierung der ökonomischen und sozialen Tragfähigkeit in Entleerungsräumen. Dabei stehen Strategien im Mittelpunkt, die auf der Ausnutzung von endogenen Potenzialen beruhen und durch regionale Akteure durch Selbststeuerung getragen werden. Eine integrierte Herangehensweise ist die dritte Gemeinsamkeit der Fallstudienregionen. Konkret werden folgende Regionen herangezogen:

- Obersteiermark in Österreich
- Kanton Glarus in der Schweiz
- County of Durham in England
- Westpfalz in Deutschland

Das Referat zeigt die angewandten Strategien in diesen Regionen auf und versucht, erste Ergebnisse und abgeleitete Handlungsempfehlungen für die deutsche Raumordnung und die Regionalpolitik in der europäischen Mehrebenenverflechtung in Form eines Werkstattberichtes aufzuzeigen.

Markus Löwer
Diplom-Geograph
Westfälische Wilhelms-Universität
Institut für Geographie
Orts-, Regional- und Landesentwicklung/Raumplanung
Robert-Koch-Straße 26
48149 Münster
Tel.: (+49) 0251/ 83 33 905
mloewer@wwu.de
<http://www.uni-muenster.de/Geographie>

Anpassungskonzepte und -strategien an die Herausforderungen des demografischen Wandels – Diskussionsbeitrag: Einführung und Qualifizierung eines „DemographieChecks“ für Gesetzgebungs-, Planungs- und Förderverfahren ?

*Eike Münke, Abteilungsdirektor, Leiter der Stabsstelle Demographischer Wandel
beim Regierungspräsidium Chemnitz*

Die Aufgabe der nachhaltigen Ausrichtung Sachsens auf die Bewältigung der durch die demographische Entwicklung verursachten Probleme soll schon bei der Gesetzgebung beginnen und sich erstrecken bis hin zur sachgerechten und zeitnahen Erledigung der notwendigen Maßnahmen vor Ort und dies möglichst so, dass als Ergebnis den Kommunen auch ein geeignetes, ausreichend flexibles Prüfungs- und Arbeitsinstrument zur Verfügung gestellt wird.

Der Sächsische Weg bei der Entwicklung der Konzepte verfolgt den Ansatz, über eine Übertragung der Verantwortung und Kompetenz auf die Kommunen die Bewältigung der durch die demographische Entwicklung entstehenden Probleme und die Aufgaben des Stadtumbaus dezentral und bürgernah umzusetzen.

Kommunen müssen bei der Umsetzung des Stadtumbaus und der Schaffung bedarfsgerechter Infrastrukturen neue und mehr Instrumente des Managements, auch des Regionalmanagements entwickeln. Die Kommunen sind gefordert, für ihre jeweilige Situation und die dabei zu bearbeitenden Handlungsfelder, ihre eigene Strategie für die Anpassung an demographische Querschnittsaufgabe zu entwickeln. Die Notwendigkeit interkommunaler Zusammenarbeit und die Bildung von Netzwerken muss dabei grundsätzlich geprüft werden.

Die Zukunftsfähigkeit von Regionen und Kommunen wird künftig maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, die anstehenden Veränderungen positiv und nachhaltig zu gestalten.

In Europa stehen im Fokus der Planungstätigkeit bei Raumordnung, Landesentwicklungsplan (LEP), Regionalplänen, Zentrale-Orte- Leitbild/ Konzept immer noch die „Die Europäische Stadt“ oder bezogen auf den ländlichen Raum die Kulturlandschaft mit ihrer differenzierten Siedlungsstruktur.

Die gesamte räumliche Planung und städtebauliche Entwicklungskonzepte müssen weitgehend von einer Stadt- und Ortsentwicklung ohne Bevölkerungswachstum oder auch mit Bevölkerungsrückgang ausgehen. Dabei sind integrierte regionale Anpassungsstrategien zu entwickeln, Prioritäten zu setzen. Die „Region“ könnte jeweils problemorientiert abgegrenzt werden. Angestrebt werden sollte Qualität statt Quantität z. B. durch Nutzungsvielfalt und Anpassung von Standards.

Ziel ist, den demografischen Wandel zu bewältigen.

Da die Inhalte integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte, integrierter Handlungskonzepte und landwirtschaftlicher Entwicklungskonzepte, Regionalpläne und Flächennutzungspläne nicht immer der aktuellen Situation entsprechen, scheint es durchaus sinnvoll, kommunale Entscheidungsträger über zur Fördervoraussetzung gemachte DemographieChecks dazu anzuregen, die Auseinandersetzung mit diesem in Zukunft zwingend einzubeziehenden Querschnittsthema zu vertiefen. Kriterien und Schwerpunkte dieser DemographieChecks sollten gemeinsam durch die Akteure der Regionen so allgemeingültig wie möglich und so einzelfall- und problembezogen wie nötig erfolgen.

Die Erarbeitung von Prioritätenlisten z.B. für Förderprogramme kann so flexibler regionalisiert werden. Auch die daran anschließende Prüfung und weitere Bearbeitung durch Behörden oder Bewilligungsstellen sollte auf der Grundlage der erarbeiteten Kriterien unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit des Projekts erfolgen.

Am Anfang jeder nachhaltigen Stadtentwicklung stehen die Erfassung von Baulücken und Brachen und die Bewertung von Brachen als bevorzugte Standorte für Entwicklungen (Brachenkataster). So können auch geeignete Rahmenbedingungen für ein anzustrebendes Flächenkreislaufmanagement geschaffen werden. Realitätssinn im Umgang mit Brachen („Entschleunigung“) ist notwendig.

Kommunen sollten sich Zeit nehmen und einen langen Atem haben bei der Verfolgung dieser Ziele. Sorgfältige Vorgehensweise und Planung erleichtern langfristig richtiges, nachhaltiges Handeln.

Stadtentwicklung ist immer eine Auseinandersetzung mit Brachflächen gewesen und ist umso erfolgreicher, je besser sie Brachen wieder nutzt, weiternutzt und umnutzt. Brachflächenentwicklung und die damit verbundene Optimierung des Flächenverbrauchs ist eine vorrangige Aufgabe nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik.

Die größer werdende Bedeutung weicher Standortfaktoren für Standortentscheidungen von Unternehmen sollte beachtet werden. Vertrauen schaffen durch langfristige nachhaltige Konzepte führt zum Erfolg!

Eike.Münke -
Regierungspräsidium Chemnitz
Altchemnitzer Strasse 41
09105 Chemnitz
Tel.: 03 71/ 5 32 10 70
eike.muenke@rpc.sachsen.de

Lebensweise und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

Claudia Neu (Universität Rostock), Stephan Beetz (Hochschule Neubrandenburg)

Die gegenwärtige Diskussion um die Daseinsvorsorge wird stark durch die demographische Entwicklung geprägt. Dabei wird häufig übersehen – auch aus Mangel an Daten –, dass ein tiefgreifender Wandel in den sozialstrukturellen Bedingungen in den ländlichen Räumen verläuft. Damit sind unmittelbar Fragen verbunden, wer sich welche Infrastruktur leisten kann, welche nutzerspezifischen Ansprüche sich ergeben etc.

Daran knüpft sich die These, dass die zukünftige Entwicklung der Daseinsvorsorge sich auch oder gerade in schrumpfenden Regionen an den Lebensvorstellungen, der Alltagspraxis und der Lebensführung der Menschen vor Ort ausrichten muss, d.h. entstandardisiert werden sollte, weil sonst Planungen in zunehmenden Maße obsolet werden.

Die Notwendigkeit, mehr als in kraftvollen Farben vorgebrachte Klischees über die Menschen in den ländlichen Räumen zu wissen, hängt nicht zuletzt mit den Verschiebungen in den staatlichen, kommunalen, bürgerschaftlichen und privatwirtschaftlichen Angebotsstrukturen der Daseinsvorsorge zusammen. Sie machen Planungen im klassischen Sinne immer weniger möglich, zumal die Verteilungskonflikte unter Schrumpfungsbedingungen zunehmen werden.

Aussagen über die Zukunft ländlicher Räume lassen sich nicht allein aus den Bevölkerungsprognosen ableiten. Sie können als eine Grundlage dienen, um diejenigen (globalen und regionalen) Prozesse zu beschreiben, die in den hochentwickelten Industriestaaten auf die ländlichen Regionen wirken. Dabei sind die regionalen Besonderheiten und Pfadabhängigkeiten zu berücksichtigen.

Das empirische Material stützt sich auf zwei derzeit laufende Untersuchungen. Der erste Teilschritt (2007) der Galenbeck-Studie (in Mecklenburg-Vorpommern) hatte die lokale Analyse der Infrastruktur und deren Bewertung der Bewohner zum Ziel, im zweiten Teilschritt geht es um die wissenschaftliche Begleitung von konkreten Umsetzungen (2008). Die Landgesundheitsstudie (in Mecklenburg-Vorpommern/Nordbrandenburg) untersuchte bereits 1973 und 1994 die Lebensbedingungen in vierzehn Landgemeinden und wird 2008 erneut durchgeführt. Es handelt sich um eine Vollerhebung aller Einwohner, deren Ziel es ist, regionalstatistische Umweltbedingungen und individuelle Lebenslagen aufeinander zu beziehen. Dabei spielen in der Betrachtung intermediäre Strukturen (wie Dorf, Vereine, Gemeinde) und deren Wandel eine entscheidende Rolle.

Claudia Neu
Universität Rostock
claudia.neu@uni-rostock.de

Stephan Beetz
Hochschule Neubrandenburg
beetz@hs-nb.de

Regionale Differenzierung erfordert regionale Anpassungsstrategien – Erfahrungen aus den sächsischen Modellvorhaben zum Demographischen Wandel im Westerzgebirge und in der Region Oberlausitz-Niederschlesien

Dr. Ludwig Scharmann & Dipl.-Ing. Christian Glantz, Sächsisches Staatsministerium des Innern - Landes- und Regionalplanung

Im bundesweiten Vergleich sind die ostdeutschen Länder und damit auch der Freistaat Sachsen vom Demographischen Wandel besonders betroffen. Abwanderung und Geburtenrückgang haben in Sachsen seit 1990 zu einem Bevölkerungsrückgang von 4,91 Mio. Einwohnern auf aktuell 4,23 Mio. Einwohner geführt. Im Jahre 2020 werden es nach der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes nur noch knapp 4 Mio. Einwohner sein. Problematisch ist zudem die Veränderung der Altersstruktur: mit einem Alterdurchschnitt von 44,7 Jahren ist Sachsen schon heute nach Sachsen-Anhalt das „älteste“ aller Bundesländer, bis 2020 wird das Durchschnittsalter auf fast 49 Jahre ansteigen. Sowohl nach Alterung als auch nach Anzahl sind die Regionen innerhalb des Freistaats von den Veränderungen zunehmend in unterschiedlichem Maße betroffen. Während für die beiden größten Städte Leipzig und Dresden bis 2020 sogar ein Wachstum erwartet wird, müssen einige Gemeinden v.a. im ländlichen Raum bis dahin noch mit Bevölkerungsverlusten in der Größenordnung von weiteren rund 20 % rechnen. Die ostsächsische Stadt Hoyerswerda beispielsweise wird dann rund die Hälfte ihrer Einwohnerzahl von 1990 verloren haben und zudem landesweit mit 52, 4 Jahren auch am ältesten sein.

Das räumliche Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung war ein wesentlicher Anlass für die Sächsische Staatsregierung, zwei Modellvorhaben der Raumordnung zum Umgang mit dem Demographischen Wandel zu initiieren. Sowohl in der insgesamt relativ dünn besiedelten Region Oberlausitz-Niederschlesien als auch im teilträumlich industriell geprägten Westerzgebirge liegt der Bevölkerungsrückgang seit 1990 mit 16-18 % über dem Landesdurchschnitt; bis 2020 wird sich diese - im Vergleich zu Sachsen – ungünstige Tendenz in ähnlicher Größenordnung weiter fortsetzen.

Dennoch verläuft auch innerhalb dieser beiden Regionen der demographische Wandel keineswegs einheitlich: prosperierenden Teilräumen mit kleinteiliger Wirtschafts- und Siedlungsstruktur stehen sich entleerende Gebietseinheiten mit extremer Schrumpfung gegenüber. Dies erfordert regional differenzierte Anpassungsstrategien, um in möglichst allen Landesteilen Lebensqualität und Zugang zu den wichtigsten Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu sichern. Kleinräumlich differenzierte Analysen des demographischen Wandels sind daher Voraussetzung, um mit den Betroffenen vor Ort ihre Zukunft offen zu diskutieren, regionale Anpassungsstrategien und innovative Lösungen zu entwickeln. Diese Herangehensweise wird an zwei Fallbeispielen aus den Modellregionen verdeutlicht.

In der Region Oberlausitz-Niederschlesien wurden anhand verschiedener statistischer Indikatoren auf Gemeindeebene fünf unterschiedliche Raumpotentialtypen identifiziert. Diese Gebietstypisierung soll die Grundlage für die Entwicklung räumlich differenzierter Anpassungsstrategien und passgenauer Projekte bilden. In der Modellregion Westerzgebirge lag ein Schwerpunkt auf der Entwicklung der Wohnungswirtschaft und der Versorgungsinfrastruktur. Hier erfolgte eine gemeindebezogene Abschätzung der Bevölkerungsentwicklung und ihrer quantitativen Auswirkungen auf den Wohnungsbestand. In Kombination mit einer detaillierten Quartiersbewertung ergeben sich wichtige Hinweise auf die Zukunftsfähigkeit einzelner Wohnquartiere – nicht zuletzt im Hinblick auf die Tragfähigkeit der Infrastruktur.

Beide Fallbeispiele machen deutlich, dass sich der demographische Wandel selbst innerhalb des „ländlichen Raumes“ sehr unterschiedlich vollzieht und die Bewältigung seiner Folgen entsprechend differenziert erfolgen muss. Kleinräumlich analysierte und aufbereitete Daten schärfen dabei das Bewusstsein gerade der lokalen Akteure für die Auswirkungen des Demographischen Wandels, der ansonsten als ein eher abstraktes Phänomen wahrgenommen wird.

Dr. Ludwig Scharmann
Dipl.-Ing. Christian Glantz
Sächsisches Staatsministerium des Innern
Referat 44: Landes- und Regionalplanung
01095 Dresden
Tel.: (0351) 564-3444
Ludwig.Scharmann@smi.sachsen.de

Dorfumbau – Zukunftsfähige Infrastruktur im ländlichen Raum

Marion Schilling, Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg

Seit der Kreisgebietsreform 2007 gehören die Landkreise Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg sowie die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau zur Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.

Unsere Region hat seit 1990 einen Bevölkerungsrückgang von 17,8 % zu verzeichnen. Dieser Wert wird in keiner anderen Region Deutschlands erreicht. Auch die Werte der vierten regionalisierten Bevölkerungsprognose des Landes Sachsen-Anhalt für unsere Landkreise (28,4% bzw. 28,5% Bevölkerungsrückgang bis 2025) werden für keine weitere Region so dramatisch prognostiziert.

Die künftige Herausforderung für die kommunalen und politischen Verantwortungsträger besteht also primär in der Absicherung der Daseinsvorsorge.

Da sich die Vertreter der Regionalversammlung ihrer Verantwortung für künftige Entwicklungen des ländlichen schwach strukturierten Raumes bewusst sind, hat sich die Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg als Modellregion im Rahmen des Modellvorhabens „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ beim BMVBS beworben.

Mit der Durchführung des Modellprojektes „Dorfumbau – Zukunftsfähige Infrastruktur im ländlichen Raum“ wird der Regionalen Planungsgemeinschaft die Möglichkeit gegeben, sich mit Unterstützung des BMVBS und des BBR der Herausforderung zu stellen, tragfähige Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demografischen Wandels zu erarbeiten.

Im Rahmen des Modellprojektes sollen am Beispiel von zwei unterschiedlich strukturierten ländlichen Teilregionen Strategien für den Dorfumbau für die technische und soziale Infrastruktur diskutiert und entwickelt werden.

Es wird untersucht:

- welche Mindestanforderungen öffentlicher Daseinsvorsorge zukünftig gelten sollen,
- welche Anpassungsstrategien erforderlich sind, um die technische und soziale Infrastruktur verfügbar und finanzierbar zu halten,
- welche neuen organisatorischen Zuschnitte und Modelle sowie alternativen Angebotsformen sich anbieten,
- ob unterschiedliche Verwaltungsstrukturen andere Anpassungsstrategien erfordern,
- welchen Beitrag neue Instrumente (z.B. raumordnerische Verträge, Monitoring, Ziel- und Qualitätsvereinbarungen) zur Umsetzung der regionalen Anpassungsstrategien der öffentlichen Daseinsvorsorge leisten können,
- welche Möglichkeiten die Raumplanung hat,
- wie Akzeptanz bei allen Beteiligten erzielt werden kann.

Marion Schilling
Regionale Planungsgemeinschaft
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg
Geschäftsstelle
06359 Köthen (Anhalt)
Telefon: (0 34 96)40 57 90
anhalt-bitterfeld-wittenberg@gmx.de

Ländliche Raumtypen – Gemeinsamkeiten und Gegensätze (Arbeitstitel)

Claus Schlömer/ Martin Spangenberg (BBR)

Dass der demographische Wandel im ländlichen Raum besonders deutlich in Erscheinung tritt, gilt mittlerweile als unstrittig. Auch die markanten Gegensätze zwischen verschiedenen Typen von ländlichen Räumen treten zunehmend ins Bewusstsein der Fachöffentlichkeit. Eine Auseinandersetzung mit dieser Thematik muss aber zunächst die Frage beantworten, was unter dem Begriff "ländlicher Raum" überhaupt verstanden werden soll. Diese Aufgabe ist keinesfalls trivial. Dies gilt gerade in Deutschland, dessen Siedlungsstruktur eher durch fließende Übergänge zwischen Stadt und Land geprägt wird. Sie ist weiterhin eng verbunden mit der Frage des Betrachtungsmaßstabs, wie er sich allein aus der möglichen Verwendung von Regionen, Landkreisen oder Gemeinden ergibt. Für die (regionale) Demographie, die traditionell auf Daten für administrative Einheiten angewiesen ist, gilt diese Problematik in besonderem Maße.

In dem Beitrag wird deshalb zunächst eine im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) erarbeitete Raumtypisierung vorgestellt, die die rein dichotome Unterteilung in Stadt und Land überwindet und stattdessen ein Stadt-Land-Kontinuum und damit auch den ländlichen Raum unabhängig von pauschalen Problemzuweisungen beschreiben lässt. Sie basiert auf der gemeinsamen Unterscheidung zwischen überwiegend städtisch und ländlich geprägten Gebieten sowie zwischen zentral und peripher gelegenen Gebieten.

Diese Typisierung bildet dann die Grundlage zur Darstellung demographischer Inhalte. Hierfür wird auf die laufende Raumbewertung des BBR und die kürzlich aktualisierte Bevölkerungsprognose des BBR zurückgegriffen. Dementsprechend stehen "bundesweit-flächendeckende" Darstellungen im Mittelpunkt, die insbesondere die zum Teil gegenläufigen demographischen Trends in den (ländlichen) Raumkategorien zum Inhalt haben. Die demographische Entwicklung wird schließlich exemplarisch mit Daten zur regionalen Infrastrukturversorgung verknüpft.

Der Beitrag befasst sich sehr grundlegend mit den beiden Kernbegriffen der Tagung: "ländlicher Raum" und "demographischer Wandel". Er kann daher insbesondere als Einstieg für weitere, spezifische Themen und Fallstudien dienen.

Dipl.-Geogr. Claus Schlömer
Dipl.-Geogr. Martin Spangenberg
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37
53179 Bonn
Tel.: 0228 99 401 2331
claus.schloemer@bbr.bund.de
Martin.spangenberg@bbr.bund.de

Demografisch „auffällige“ Gemeinden in ländlichen Gebieten Thüringens Entwicklungen – (Hinter-)Gründe – Folgen – Optionen

Prof. Dr. Peter Sedlacek, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Die Untersuchung widmet sich vor dem Hintergrund einer insgesamt schrumpfenden Bevölkerung im Freistaat Thüringen solchen ländlichen Gemeinden, die durch eine „auffällige“ – extreme – demografische Entwicklung auf sich aufmerksam machen und dieses sowohl durch positive als auch negative Ausreißer. In ihrer Verteilung finden sich diese dominant in Ostthüringen und dem Weimarer Land, und zwar in unmittelbarer Nachbarschaft positiver und negativer Fälle zueinander. Neben der Rekonstruktion der demografischen Entwicklung wird den Gründen und Hintergründen nachgegangen. Dabei kann verdeutlicht werden, dass die Gemeinden mit einer positiven demografischen Entwicklung zumeist ein „window of locational opportunity“ nutzten (mit teils fatalen Folgen) die sich zwischenzeitlich wieder geschlossen haben, und negative Entwicklungen teilweise mit Einzelereignissen in der Gemeinde zusammenhängen oder auch mit der Tatsache, dass sich manche Gemeinden zuvor aus bestimmten Gründen (Vorgaben der Gebietsreform) schön gezählt hatten. Dennoch bleiben Folgen für Daseinsvorsorge sowie das Vereins- oder Parteileben, die näher zu beleuchten sind. Abschließend werden Handlungsoptionen aufgezeigt.

Prof. Dr. Peter Sedlacek
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalentwicklung
Löbdergraben 32
07737 Jena
Tel.: 03641 – 94 88 30
Fax: 03641 – 94 88 32
Mai: peter.sedlacek@uni-jena.de

Aktuelle Trends und mittelfristige Prognosen zur Wohnungsmarktentwicklungen in der Schrumpfungsregion Ost-Oberfranken

Priv.-Doz. Dr. Harald Standl. Institut für Geographie Universität Bamberg

Der Niedergang der altindustrialisierten Monostrukturen (v.a. der Textil- und Porzellanindustrie) bewirkte einen massiven Umbruch in der Entwicklung der Region. Im östlichen und nördlichen Oberfranken sind bereits seit mehr als 25 Jahren selektive Abwanderungsprozesse zu beobachten. Folgen sind u.a. eine schrumpfende und überalterte Bevölkerung. Die negative demographische Entwicklung bedeutet Angebotsüberhänge auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt sowie einen wachsenden Leerstand von Wohnraum, der sich bereits massiv auf den lokalen und regionalen Wohnungsmarkt auswirkt, wobei sektorale Unterschiede einerseits, sowie (intra-)regionale bzw. (intra-)kommunale Differenzierungsmuster andererseits zu erkennen sind.

Es werden die wichtigsten Marktsegmente getrennt voneinander analysiert, wobei zwischen dem Neubau von Eigenheimen, der aktuelle Grundstücksmarkt, der Mietwohnungsmarkt sowie die Marktstrukturen bei gebrauchten Immobilien (und hier nochmals zwischen Eigentumswohnungen, Mehrfamilienhäusern und kleineren Eigenheimen) zu differenzieren sein wird.

Intraregional ist der äußerst negative Trend auf dem Immobilienmarkt in wenigen, wirtschaftsstrukturell ein wenig stärker diversifizierten Mittelstädten noch deutlich unproblematischer. Dort sind sogar Ansätze einer Reurbanisierung zu beobachten, welche die Nachfrage nach Wohneigentum stabilisiert.

Intrakommunal, d.h. innerhalb der jeweiligen (klein-)städtischen Siedlungskörper ist ebenfalls bereits heute eine eher divergierende, z.T. sogar fragmentierte räumliche Entwicklung evident. Da die auf dem Wohnungsmarkt kaum noch nachgefragten, sehr alten und sanierungsbedürftigen Mehrfamilienhäuser zumeist im Ortskern oder an verkehrsintensiven Straßen liegen, kommt es dort bereits zu ausgeprägten „blight“-Effekten.

Da jedoch aktuell und in den kommenden 10 Jahren durch das Ableben der Babyboom-Generation fast zeitgleich eine sehr große Anzahl von Ein- und Zweifamilienhäuser der Baujahre 1955-1970 den Immobilienmarkt überschwemmen wird, werden auch ganze, bislang bevölkerungs- und siedlungsstrukturell intakte Siedlungen von massivem Leerstand betroffen sein, was sich in Konsequenz sehr negativ auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit der dortigen Immobilien auswirken wird.

Priv.-Doz. Dr. Harald Standl
Institut für Geographie
Am Kranen 12
96045 Bamberg
eMail: harald.standl@uni-bamberg.de
Tel.: 0921-42883

Dorfumbau statt Abbau – Zur Notwendigkeit einer veränderten Planungskultur

Prof. Dr.-Ing. Theo Kötter, Verm.-Ass. Dipl.-Ing. Katrin Tilger

Der dynamische Wandel in ländlichen Räumen setzt sich unvermindert fort. Demographische Schrumpfungprozesse und wirtschaftliche Strukturveränderungen sind längst keine Phänomene strukturschwacher ländlicher Räume und deren Dörfer mehr, sondern sie erfassen nunmehr auch verdichtungsnahe Räume. Besonders betroffen sind die historischen Ortskerne und auch die Siedlungserweiterungen der 50er und 60er Jahre. Neben den bereits leerstehenden Wohn- und Wirtschaftsgebäuden lassen die zahlreichen leerstandsgefährdeten Gebäude, die nur noch von ein oder zwei älteren Personen bewohnt werden, den wachsenden Handlungsbedarf erkennen. Zugleich sind die historischen Ortskerne vom Rückgang der Einrichtungen für die Daseinsvorsorge betroffen.

Verbleibende Einrichtungen sind oftmals wirtschaftlich nicht mehr tragfähig und belasten kommunale und private Haushalte. Folgen derartiger Funktionsverluste sind eine Perforation der Ortskerne verbunden mit Image- und Identifikationsverlusten. Der Beitrag soll aufzeigen, welche Entwicklungsfragen und Handlungsfelder sich daraus für die Dorfentwicklung ergeben und welche Handlungsoptionen und –strategien überhaupt zur Verfügung stehen. Angesichts der Kumulation der Problemlagen ist eine veränderte Planungskultur unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund werden einige zentrale Erfordernisse an die künftigen Planungsprozesse skizziert. Ziele, Inhalte, Akteure, Prozesssteuerung, Instrumente und Abläufe werden anhand eines Beispiels aus der Praxis erläutert.

Prof. Dr.-Ing. Theo Kötter
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Institut für Geodäsie und Geoinformation
Nußallee 1
53115 Bonn

Dipl.-Ing. Katrin Tilger
Tel.: +49(0)228/73-6715
ktilger@uni-bonn.de
www.isbk.uni-bonn.de

Zur Vielfalt Ländlicher Räume aus Sicht der Demografie

Dr. Wolfgang Weiß, Universität Greifswald / Dr. Steffen Maretzke, BBR Bonn

Die Kategorie „Ländlicher Raum“ ist nicht klar definiert. Wenn man darunter vor allem die Regionen abseits großer Zentren sieht, dann steht dieser Raum vor allem für - in Abhängigkeit vom jeweiligen Zentrum - periphere Lagen und viele Klein- und Mittelstädte, die in diesen Raum eingebettet sind. Traditionelle Ansätze, die vor allem auf die Dominanz der Landwirtschaft abstellen sind obsolet. Letztlich kann der ländliche Raum als eine *"Hyperfunktion aller Eigenschaften, die zum Urbanen komplementär sind"* verstanden werden. In den klassischen Ansätzen der Raum- und Regionalwissenschaften gab es diesbezüglich durchaus auch gegensätzliche Momente in demographischen Strukturen und Prozessen, und so war früher eine demographische Definition des Ländlichen tatsächlich üblich.

Heute ist der ländliche Raum weitgehend urbanisiert, das heißt abgesehen von der Wirtschaftsstruktur und den Lage- und Dichteparametern ist er von städtischen Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmt. Das schließt die demographischen Eigenschaften weitgehend mit ein. Genau darum ist „Ländlicher Raum“ keine geeignete Kategorie um wesentliche räumliche Muster demografischer Strukturen und Trends zu beschreiben.

Wie ländliche Regionen sehr unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen und strukturell verschiedene Stärken und Schwächen aufweisen, werden sie auch durch ein breites Spektrum an demografischer Entwicklung geprägt, die langfristig stabile wirtschaftsstrukturelle Disparitäten widerspiegeln. Dies soll auf Basis eigener Analysen einleitend am Beispiel demografischer Strukturen und Trends belegt werden. Struktur-schwache ländliche Regionen sind ein Brennpunkt demografischer Schrumpfung und Alterung - im Unterschied zu strukturstarken ländlichen Regionen.

Zusätzlich scheint es nicht nur Refugien des alten generellen Gegensatzes von Stadt und Land zu geben, sondern diesbezüglich auch eine demographische Komponente. Dafür wurde schon vor einiger Zeit aus Sicht der Bevölkerungsgeographie der Arbeitsbegriff *"ländlicher Raum"* eingeführt. Er "konzentriert" sich in Deutschland auf den Nordosten (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg). Hier korrespondieren Lageparameter, Defizite der Funktionalität der Infrastruktur (zumeist verbunden mit der Auslastung vorzuhaltender Leistungsangebote der öffentlichen Daseinsvorsorge) und Einschränkungen des Wettbewerbs mit demographischen Strukturen und Prozessen – immer gemessen an den urbanen Räumen.

Hier sollen Problemlagen der strukturschwachen ländlichen Regionen im Mittelpunkt stehen, die aus forcierter Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung resultieren. Die folgenden Schwerpunkte sollen hier thematisiert werden:

- Tragfähigkeitsproblematik aus Sicht der öffentlichen Hand unter dem Aspekt der Auslastung von technischer und sozialer Infrastruktur → akute Gefahr der Unterversorgung;
- Verhältnis von Demographischem Wandel und Migration. Hier gilt es vor allem die Rückkopplung der Migration auf die natürliche Bevölkerungsbewegung der Quell- und Zielregionen zu diskutieren.
- Einschränkung der Funktionsfähigkeit des Marktes und die Monopolstellung von Dienstleistern aufgrund des begrenzten Kundenpotenzials mit geringer konsumtiver Kraft behindern die weitere Wirtschaftsentwicklung, unterbinden die preisregulierende Funktion des Marktes und untergraben damit auch gesellschaftspolitische Bindungskräfte (Stärkung des politischen Extremismus);
- selektive Abwanderung wirkt sich auf die Humanressourcen aus (Brain Drain ...); Hier ist eine stärkere kleinräumige Differenzierung notwendig, denn vielfach haben die Problemlagen nur eine geringe räumliche Reichweite, sind also außerordentlich lokal begrenzt.
- Der Demographische Wandel verlangt nach Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzeptes in Richtung der Unterscheidung von absoluter und relativer Zentralität, wofür vor allem Standards überdacht werden müssen;
- Gefahr einer sich selbst verstärkenden demografischen Abwärtsentwicklung, die den Standort für urbanes Leben immer unattraktiver werden lässt. Freiraum für die Entwicklung einer alternativen Kultur;
- Definition des *ländlichen Raumes* mit Hilfe der Residualbevölkerung;
- Wichtige Forschungsschwerpunkte ableiten.

Dr. Wolfgang Weiß, Universität Greifswald / weiss@uni-greifswald.de
Dr. Steffen Maretzke, BBR Bonn /steffen.maretzke@bbr.bund.de

Zukunftsfähige Infrastruktur-Angebote für schrumpfende Regionen Am Beispiel der Wasserver- und Abwasserentsorgung

Dr. Susanne Schön / Helke Wendt-Schwarzburg

Das kommunale Infrastruktur-Management in ländlichen, stark schrumpfenden Regionen ist mit Herausforderungen konfrontiert, für die es keine standardisierten Lösungen gibt. Zugleich sind gerade hier Erfolgsbeispiele besonders wichtig, um Abwanderungsspiralen durchbrechen und regionale Stärken für Anpassungsstrategien nutzen zu können.

Die Wasserver- und Abwasserentsorgung hat nicht nur mit dem Problem zu kämpfen, dass die hohen Fixkosten der Infrastrukturvorhaltung auf immer weniger Köpfe verteilt werden müssen. Durch die Unterauslastung infolge des stark rückläufigen Wasserverbrauchs treten darüber hinaus Funktionsstörungen auf, deren Behandlung auch noch die Betriebskosten erhöht.

Gemeinsam agieren können statt reagieren zu müssen

Ausgehend von der Frage, wie in Zukunft in diesen Regionen überhaupt noch bezahlbare Infrastrukturangebote bereitgestellt werden können, wurden in enger Abstimmung mit den Wasserver- und -entsorgungsunternehmen sowie mit den auf kommunaler und Landesebene Verantwortlichen und Beteiligten unternehmerische Angebotsinnovationen erarbeitet und in politisch-rechtliche Anpassungsstrategien eingebettet.

Das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Brandenburgischen Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) finanzierte **Modellprojekt „Zukunftsfähige Infrastrukturangebote für schrumpfende Regionen“** identifizierte für den Infrastruktursektor Wasser/Abwasser vier strategische Ansatzpunkte für erfolgreiche Lösungsstrategien:

- (1) die Stärkung der unternehmerischen Handlungsfähigkeit der Kommunalwirtschaft,
- (2) die räumliche Differenzierung der Normen und Standards,
- (3) die Ausrichtung der Infrastrukturen an den Funktionen, die sie erfüllen soll statt an der Erhaltung des derzeitigen technischen Systems
- (4) und die Integration der einzelnen Handlungsrationitäten in eine übergeordnete gemeinsame Perspektive.

Jeder dieser vier strategischen Ansatzpunkte besteht seinerseits aus einer Vielzahl einzelner Elemente, die geschickt und konsistent miteinander kombiniert werden müssen und in ihrer Mischung aus grundsätzlicher strategischer Orientierung und gleichzeitig hohem Anwendungsbezug durchaus auch für andere Infrastruktursektoren strategische Leitlinie sein kann.

Zur Nachahmung empfohlen: Erfolgsbeispiele schaffen und kommunizieren

Die Bürger lassen sich für notwendige Veränderungen dann gewinnen, wenn erstens eine realistische Kommunikation des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen mit der Darstellung möglicher Handlungsperspektiven verbunden wird. Zweitens müssen die Bürger selbst verstärkt befragt und in die Planung zukünftiger Angebotskonzepte einbezogen werden. Darauf setzen auch die konzipierten fünf Umsetzungsprojekte, die 2008/2009 in Brandenburg realisiert werden sollen. Sie tragen der Erkenntnis Rechnung, dass auf allen beteiligten Ebenen – Unternehmen, Kommunen, Land und Bund – reformerische Aktivitäten zur Umsetzung zukunftsfähiger Infrastrukturangebote für schrumpfende Regionen notwendig sind. Ziel ist es, durch (1) die Formulierung einer konsistenten Infrastrukturpolitik unter Schrumpfungsbedingungen auf Landesebene, (2) einer gemeinsamen regionalen Infrastrukturplanung im Kreis Elbe-Elster und (3) eines Bürgergutachtens zur zukünftigen kommunalen Ab/Wasserversorgung erfolgreiche Beispiele zukunftsfähiger Infrastrukturangebote unter Schrumpfungsbedingungen zu produzieren, die auf weitere Regionen übertragbar sind, und (4) diese Beispiele als Basis für weitergehende Aktivitäten im Rahmen einer gezielten Kommunikationskampagne offensiv zu kommunizieren. Begleitend hierzu wird (5) ein Informationsportal als Wissenspool für die kommunale Arbeitsebene entwickelt, das den Unternehmen und Gemeinden einen einfachen und systematischen Zugang zum erforderlichen Orientierungs- und Handlungswissen verschafft.

Dr. Susanne Schön / Helke Wendt-Schwarzburg
Inter 3, Institut für Ressourcenmanagement
wendt-schwarzburg@inter3.de